



**21.  
März**

## ***Internationaler Tag zur Überwindung des Rassismus 2006***

***Rassistische Gewalt ächten!  
Rassistische Verordnungen abschaffen!***

---

Heute vor 40 Jahren erklärte die Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) den 21. März zum „Internationalen Tag zur Überwindung von Rassismus“. erinnert wurde damit an ein Ereignis am 21. März 1960 in Südafrika. An diesem Tag demonstrierten ca. 30.000 Menschen in Sharpeville gegen Rassendiskriminierung und rassistische Passgesetze. Die Demonstration wurde vom Polizeiapparat des damaligen Apartheidregimes mit Waffengewalt gestoppt und 69 Menschen niedergeschossen.

Galt der Antirassismustag in jenen Jahren vor allem der Überwindung des staatlich verordneten Rassismus am Kap und in Südrhodesien, muss es heute, nach dem Scheitern dieser offensichtlichen Apartheidsysteme, vor allem um die Bekämpfung der subtilen ethnisch motivierten Diskriminierung in den Gesellschaftssystemen gehen.

Auch in der Bundesrepublik ist es heute leider noch traurige Realität, dass Menschen wegen bestimmter physischer Merkmale nicht nur diskriminiert sondern auch tätlich angegriffen werden.

Vor sechs Jahren erhoben sich deshalb die bis dahin wenig angesehenen Flüchtlinge aus dem Rathenower Asylbewerberheim zu einer beachteten Gestalt. Sie veröffentlichten ein bundesweit gelesenes Memorandum in dem sie rassistische Gewalt in der Stadt anprangerten und eine Evakuierung aus Sicherheitsgründen forderten. Durch diese bemerkenswerte Aktionsform konnte zumindest zeitweise eine thematische Sensibilisierung der Öffentlichkeit, polizeilicher Druck auf die Täter und schließlich auch die Initiierung von städtischen und privatwirtschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit erreicht werden.

Die Kontinuität rassistisch motivierter Gewalt konterkariert aber auch in Rathenow jegliche kosmetische Bestrebungen einer „toleranten Stadt“. Allein drei Übergriffe in den ersten drei Monaten 2006, bei denen die dunklere Hautfarbe der Opfer die mutmaßlichen Tatmotive waren, zeugen von einem Gewaltpotential das zwar von einem begrenzten Personenkreis – konkret der rechtsextremen Szene – ausgeht, aber letztendlich auch zumindest ideologisch von breiten sozialen Schichten „klammheimlich“ unterstützt wird. In Rathenow konnte sich in den letzten sechs Jahren so auch keine Zivilgesellschaft finden, die sich zu einem wie auch immer gearteten „Aufstand der Anständigen“ entschließen konnte.

Rathenow „glänzt“ stattdessen als Ausrichter der diesjährigen Landesgartenschau. Mit „blühenden Landschaften“ soll den auswärtigen Touristen die heile Welt einer bürgerlichen Kleinstadt nahe gebracht werden, die für ausländische Flüchtlinge im Ort jedoch nach wie vor Angst und Isolation bedeutet. Denn nicht nur rassistische Gewalt und Ausgrenzung aus der Gesellschaft, sondern auch staatliche Verordnungen wie Residenzpflicht, Gutscheinzwang, Internierung in „Dschungelheimen“ sowie Arbeits – und Bildungsverbot reduzieren den Lebensinhalt der in ihrer Heimat politisch verfolgten Menschen jahrelang auf ein Minimum.

***Diese Politik der gezielten Ausgrenzung und Diskriminierung von staatlicher wie gesellschaftlicher Seite ist für uns nicht länger hinnehmbar. Wir fordern deshalb die sofortige Abschaffung rassistischer Verordnungen und Gesetze, die Integration von Flüchtlingen in die Gesellschaft sowie die Ächtung rassistisch motivierter Straftaten!***

---